

# Obdachlos in einem Polizeistaat

Offiziell gibt es in Weissrussland kein Obdachlosenproblem, doch zahlreiche Hilfsprojekte beweisen das Gegenteil

EVA HIRSCHI, MINSK

Heute gibt es Buchweizen, Gemüsesuppe und Tee. Im kleinen Park beim Michailowski-Platz in Minsk bilden an diesem sonnigen Frühlingstag um die zwanzig Personen eine Schlange und warten auf die Essensausgabe. Fast alle haben einen eigenen Behälter mitgebracht – ein Einmachglas, einen grossen Plastikbecher, den abgeschnittenen Unterteil einer Petflasche. «Die meisten, die hier anstehen, sind Obdachlose oder sehr arme Personen», erzählt eine der Freiwilligen, die Suppe schöpfen. Sie gehört zur Aktivistengruppe «Food not bombs». Die 1980 in den USA lancierte Initiative hat seit 2005 auch in Minsk einen Ableger. Mit kostenlosem Essen für Bedürftige wollen die einheimischen Aktivistinnen auf die sozialen Missstände im eigenen Land aufmerksam machen. In Minsk tun sie dies zwei Mal am Samstag und einmal am Sonntag, finanziert durch Spenden oder aus der eigenen Tasche.

## Beunruhigt vor Europa-Spielen

Mit Namen will die junge Frau nicht im Artikel genannt werden, seit Jahren erleidet «Food not bombs» immer wieder Repressionen durch den Staat. Besonders schlimm war es 2014 im Vorfeld der Eishockey-Weltmeisterschaft, die in Minsk ausgetragen wurde. Die Essensausgabe wurde von Polizisten verhindert, eine Reihe von Freiwilligen verhaftet. Die weissrussische Menschenrechtsorganisation Wjasna (Frühling) hielt die Repressionen in einem Bericht fest. «Statt froh zu sein, dass wir unentgeltlich die Armen unterstützen, legt uns der Staat Steine in den Weg», sagt die Aktivistin erzürnt. «Aber wir machen trotzdem weiter.» Die Mitglieder der Organisation waren nicht die Einzigen, die unterdrückt wurden. Eine Woche vor der Weltmeisterschaft wurden Prostituierte, Alkoholiker und Obdachlose ins Gefängnis gesteckt, es kam zu zahlreichen Festnahmen von Aktivistinnen.

Ende Juni werden in Minsk die zweiten Europa-Spiele ausgetragen, ein vom Europäischen Olympischen Komitee organisierter Multisportanlass, bei dem nicht nur Medaillen, sondern auch Lizenzen für die Teilnahme an den Olympischen Spielen 2020 in Tokio vergeben werden. Zu befürchten ist, dass es im Vorfeld erneut zu Repressionen gegen die Schwächsten in der Bevölkerung kommen könnte. Sie stelle fest, dass weniger Leute zu der Essensausgabe kämen, sagt die Aktivistin. Ob es einen Zusammenhang zu den anstehenden Europa-Spielen gebe, wisse sie nicht. Im Januar noch seien jeweils um die 50 Personen im Park erschienen, also mehr als doppelt so viele wie am heutigen Tag.

«Nach unseren Erfahrungen mit der Eishockey-Weltmeisterschaft werden wir die Entwicklungen im Vorfeld der Europa-Spiele natürlich mit grösster Aufmerksamkeit beobachten», sagt Waljanzin Stefanowitsch, Vizepräsident von Wjasna. Andere Vereinigungen sind ebenfalls alarmiert, so auch die Menschenrechtsorganisation Libereco aus der Schweiz und Deutschland, die den Fokus ihrer Arbeit auf Weissrussland und die Ukraine legt. «Während der Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 wurden wir auf Fälle aufmerksam, in denen Obdachlose von der Polizei mit dem Auto entführt und ausserhalb der Stadt aus-



Eine Obdachlose wartet in der weissrussischen Hauptstadt Minsk, bis sie im Rahmen der Essensaktion «Food not bombs» an die Reihe kommt.

TATYANA ZENKOVICH/EPA

gesetzt worden waren», sagt Lars Büniger, Präsident von Libereco Schweiz. Da Weissrussland ein Polizeistaat sei, seien Obdachlose staatlichen Repressionen wehrlos ausgesetzt.

Mit Unterstützung von Libereco und der weissrussischen Menschenrechtsorganisationen Human Constanta hat das weissrussische Helsinki-Komitee in einem Bericht die Lage der Obdachlosen in Weissrussland analysiert, besonders im Hinblick darauf, wie deren Rechte verletzt werden. Das Ergebnis: Da der Staat das Problem nicht anerkenne, führe dies zu einer weiteren Stigmatisierung von Obdachlosen, denen unterstellt wird, sich für diesen «Lebensstil» entschieden zu haben.

## «Wir haben noch freie Betten»

Für die ehemalige Sowjetrepublik mit 9,5 Millionen Einwohnern scheinen Probleme mit Obdachlosen nicht zu existieren. Laut der Volkszählung von 2009 gab es in ganz Weissrussland nur 587 offiziell registrierte Obdachlose. Nicht mitgezählt wurden allerdings Personen, die in Treppenhäusern, Garagen oder verlassenen Gartenhäuschen lebten. «Angemessen zu wohnen, ist ein Menschenrecht, und es steht auch in unserer Verfassung», sagt Ilja Sobol, der Verfasser des Berichts. Hinzu komme, dass die offiziellen Zahlen ohnehin mit anderen behördlichen Angaben kollidierten. Realistischerweise dürften im ganzen Land mehr als tausend Personen als obdachlos gelten. Sozialwohnungen gebe es zwar, aber diese seien für andere Gruppen vorgesehen, etwa Kriegsveteranen oder kinderreiche Familien.

Laut dem Bericht beschränkt sich das einzige staatliche Hilfsangebot für Obdachlose auf temporäre Notunterkünfte. Doch selbst dort wird das Problem kleingeredet: «Wir haben 92 Betten, aber nur 86 sind besetzt», sagt Pawel Solotuchin, der in Minsk ein Heim führt. «Wenn es mehr Obdachlose gibt, dann sollen sie einfach kommen.» Ähnlich klingt es beim staatlichen Heim in Grodno: «Zurzeit haben wir nur 28 Personen hier. Wir haben aber Platz für 50», sagt Lilija

Sanjukewitsch, Leiterin der städtischen Direktion für Arbeit und Sozialschutz.

Allerdings ist die Aufnahme in solche Unterkünfte sehr restriktiv. So dürfen nur diejenigen, die in der gleichen Stadt als obdachlos registriert sind, eine staatliche Einrichtung aufsuchen. Doch längst nicht alle Städte verfügen über eine solche Anlaufstelle; Brest etwa, die sechstgrösste Stadt des Landes, hat keine. Weiter muss man eine aktuelle Gesundheitsüberprüfung vorweisen und nüchtern sein. Die Aufenthaltsdauer ist in der Regel auf einen Monat beschränkt, sie kann nach Gutdünken der verantwortlichen Person des Heims verlängert werden.

Auf die Gründe für Obdachlosigkeit geht der Bericht «Obdachlose in Weissrussland und ihr Recht auf Wohnen» nicht explizit ein, er nennt aber ehemalige Häftlinge als eine der am stärksten gefährdeten Gruppen. Je nach Obdachlosenheim seien mindestens ein Drittel, oft aber mehr als die Hälfte der Bewohner ehemalige Gefängnisinsassen. Das Mietrecht von 2012 habe es vereinfacht, ehemalige Familienmitglieder von der Wohnung auszuweisen, etwa, wenn während der Haftstrafe der Partner oder die Partnerin die Scheidung eingereicht hat und die Person in Haft nicht formell Mitbesitzer der Wohnung ist.

Dies passierte auch dem 58-jährigen Stanislaw, der seinen vollen Namen nicht nennen möchte. Als er aus dem Gefängnis entlassen worden sei, so sagt er, habe er nirgendwo hingehen können. Der schlanke Mann mit grauem Haar legt einen grossen Plastiksack mit seinem Besitz auf den Boden. Soeben hat er in der Stadt Gomel in einer Suppenküche von katholischen Nonnen ein kostenloses Mittagessen erhalten. «Während ich im Knast sass, hat meine Schwester unsere Wohnung, die wir von den Eltern geerbt hatten, verkauft. Sie will mit coolen Leuten herumhängen, nicht mit einem Ex-Häftling.» Oft werden ehemalige Häftlinge von der Familie aus Angst oder Scham abgewiesen, es fehlt an einem Resozialisierungsprogramm. Die Regierung hatte das Problem zwar erkannt und 2005 ein entsprechendes Gesetz mit

Massnahmen angekündigt. Doch während zehn Jahren geschah nichts. Erst 2015 begann die Arbeit an einem ersten Gesetzentwurf mit dem Ziel, die Rückfallkriminalität zu reduzieren. Bis heute fehlt aber eine konkrete Vorlage.

In den ersten Monaten konnte Stanislaw im Heim übernachten, das die katholischen Nonnen in Gomel neben der Suppenküche führen. Gerade bei Kirchen und dank Hilfsprojekten von Privatpersonen finden Obdachlose in Weissrussland Hilfe: Suppenküchen, kostenlose Kleiderbörsen oder private Wohnheime existieren in mehreren Städten. Die Re-

ter verkleinert. «Dabei trinke ich keinen Schluck Alkohol!», sagt er. «Seit einem Schlaganfall habe ich Mühe mit dem Sprechen, meine rechte Gesichtshälfte ist lahm, deshalb denken alle, ich lalle und sei betrunken.» In der Tat ist Alkohol ein weiteres Problem, das die Studie erwähnt. In den staatlichen Heimen gilt Nulltoleranz, jeden Tag müssen die Bewohner in ein Messgerät blasen und so dem kontrollierenden Polizisten beweisen, dass sie nüchtern sind. Statt Obdachlosen bei der Behandlung ihrer Sucht zu helfen, werden sie von den staatlichen Heimen abgewiesen.

## Ohne Stelle kein Zimmer

Auch Fabrikarbeiter mit tiefen Löhnen sind von Obdachlosigkeit bedroht. Wer sich keine Miete leisten kann, erhält zwar oft von der Firma ein Zimmer in einem Arbeiterwohnheim. Doch seit einer Änderung im weissrussischen Mietrecht 2013 können Arbeitnehmer bei einer Kündigung aus dem Wohnheim ausgewiesen werden. Dies geschah auch einer 54-jährigen Frau aus Gomel, die anonym bleiben will. «Ich habe vor drei Jahren meine Stelle in einer Fabrik verloren und wurde einfach auf die Strasse gesetzt», sagt sie. Zwar habe sie versucht, einen Rekurs einzureichen, doch es fehlte ihr am nötigen Rechtswissen sowie am Geld für einen Anwalt. Ihre Ersparnisse reichten nicht einmal für eine neue Unterkunft. «Seither schlafe ich in einem Hauseingang», sagt die Weissrussin, denn sie habe keine Familie, die sie unterstützen könnte.

Während der Staat den Obdachlosen die Schuld an ihrer Situation gibt, sehen diverse Organisationen das Problem in der unzureichenden Sozialpolitik des Staats. Stanislaw hebt seinen schwarzen Plastiksack auf. Nun muss er los, um Glasflaschen zu sammeln und so wenigstens ein paar Rubel zu verdienen. Er hat nur einen Wunsch: «Ich will gar keine Hilfe vom Staat, ich will einfach nur eine Arbeit und ein Dach über dem Kopf.»

Eva Hirschi ist freie Journalistin und lebt in Bern.

